



# Grundsatzprogramm der FDP Bergisch Gladbach

Beschlossen auf dem Parteitag der FDP Bergisch Gladbach am 23. April 2014.

Verantwortlich:

FDP Bergisch Gladbach  
Dr. Gerald Karich  
Irlenfelder Weg 48 B  
51467 Bergisch Gladbach

[www.fdp-bergischgladbach.de](http://www.fdp-bergischgladbach.de)

# Inhalt

---

Stadtentwicklung und Umwelt.....	3
Wirtschafts- und Finanzpolitik, Verwaltung.....	5
Bildung.....	8
Verkehrspolitik.....	10
Ordnung und Sicherheit.....	12
Familienpolitik.....	13
Kulturpolitik.....	15
Sportpolitik.....	16
Jugendpolitik.....	17
Sozialpolitik.....	18
In der Sozialpolitik muss das Konnexitätsprinzip wieder hergestellt werden.....	19
Integrationspolitik.....	20

# Stadtentwicklung und Umwelt

---

Bergisch Gladbach ist eine Stadt im Grünen. Der hohe Wohnwert der Stadt muss gesichert bleiben. Wegen des absehbaren demographischen Wandels muss der Zuzug junger Familien gefördert werden. Familienfreundlichkeit, zukunftsfähige Arbeitsplätze und Umweltverträglichkeit haben deshalb für die weitere Entwicklung einen hohen Stellenwert.

Wohnbereiche und Gewerbegebiete müssen gut aufeinander abgestimmt werden, damit Wohnen und Arbeiten gut vernetzt ist. Starker Handel und innovatives Gewerbe sind Grundlagen für Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft und damit Voraussetzung für eine zukunftssichere Stadtentwicklung.

Uns ist wichtig:

## Wohnen in Bergisch Gladbach hat auch zukünftig eine hohe Attraktivität

- Wir sind gegen die Mietpreisbremse, da diese notwendige Investitionen bremst und einen Eingriff in die Mietvertragsfreiheit darstellt.
- Wir benötigen bedarfsgerechte Wohnformen, gute Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten sowie attraktive Kultur- und Freizeitangebote.
- Für Kinder werden umfassende Betreuungsmöglichkeiten in Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen angeboten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.
- Schulen und sonstige Bildungsstätten werden beschleunigt saniert und die Ausstattungen auf der Basis heutiger Bedürfnisse modernisiert. Vorrangig werden hierfür finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.
- In Zusammenarbeit mit den Sportvereinen werden vielfältige Möglichkeiten der sportlichen Betätigung mit integrativer Nutzung der Schulsportstätten angeboten.
- Das Gesundheitszentrum Bergisch Gladbach mit drei Krankenhäusern und vielen weiteren Gesundheitseinrichtungen ist Teil der hohen Lebensqualität.
- Naherholungsgebiete wie die Saaler Mühle, der Kahnweier in Refrath sowie die Hardt, der Gronauer Wald und das Strundetel werden gepflegt.
- Im Kultursponsoring müssen neue Wege beschritten werden.

## Bergisch Gladbach hat attraktive Einkaufszentren und ist gut vernetzt

- Einkauf und Handel werden auf die städtischen Zentren konzentriert, dezentrale Verkaufsflächen werden nur in Ausnahmefällen zugelassen.
- Mit Handel und IHK werden Konzepte entwickelt, um mehr Kaufkraft in der Stadt zu halten. Das schafft Arbeitsplätze und stärkt die Finanzen der Stadt.
- Stadtteile sind durch einen leistungsfähigen ÖPNV verbunden.
- Parkleitsysteme und ausreichender Parkraum sind wichtige Elemente leistungsfähiger Einkaufszonen.
- Eine gute Stadtgestaltung fördert die Attraktivität von Bergisch Gladbach

- Die Gestaltung des öffentlichen Raumes muss hohen Qualitätsansprüchen genügen.
- Ein gutes Erscheinungsbild von Straßen und Plätzen ist unabdingbar. Hierfür müssen vorhandene Mittel effektiver eingesetzt und zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.
- Historisch wertvolle Bausubstanz soll erhalten bleiben. Kulturhistorische Denkmäler und Gebäude werden durch Hinweistafeln und Beleuchtung verstärkt in das geschichtliche und architektonische Bewusstsein der Stadtbewohner eingebracht.
- Das private Engagement von Bürgern soll zukünftig verstärkt zur Verbesserung des Erscheinungsbildes unserer Stadt gewonnen werden.

## Umwelt hat einen hohen Stellenwert

- Die zahlreichen Grünzüge, Grünflächen und Gewässer der Stadt sind als Verbundsystem Teil eines besonders attraktiven urbanen Umfeldes und werden geschützt.
- Maßnahmen zur Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden, Schulen und Sportstätten und im öffentlichen Fuhrpark werden unterstützt.
- Wir setzen uns für den Erhalt von Grün- und Waldflächen als Schutzraum zwischen Wohnbebauung und Autobahn ein.
- Um Lärmbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu vermindern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, sprechen wir uns für die gezielte Einrichtung von Tempo 30 Abschnitten im Bergisch Gladbacher Straßennetz aus.

## Wirtschafts- und Finanzpolitik, Verwaltung

---

Zukunftsfähige Arbeitsplätze sind eine elementare Voraussetzung für Lebensqualität der Menschen und für eine gute wirtschaftliche Basis der Stadt. Zukunftsfähige Arbeitsplätze stellen nicht nur die wirtschaftliche Basis sicher, sie bedeuten auch Sinnstiftung für die Menschen.

Die Stadt muss ihre wirtschaftliche Basis stärken. Das Gewerbesteueraufkommen ist im Vergleich zu anderen Regionen in NRW unterdurchschnittlich. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung fällt hinter der Entwicklung in angrenzenden Regionen zurück. Mit wirtschaftlichem Wachstum werden neue Steuereinnahmen generiert, um den Bürgern wünschenswerte Leistungen in Bildung, Infrastruktur und Kultur anbieten und den großen Schuldenstand zurückführen zu können.

Die Gewerbesteuerschwäche ist ein wesentlicher Grund dafür, dass das strukturelle Defizit im Verwaltungshaushalt auch bei guten Konjunkturdaten anhält.

Uns ist wichtig:

### Die Förderung der Wirtschaft muss ein zentraler Bestandteil städtischen Handelns sein.

- Die Wirtschaftsförderung der Stadt muss gestärkt werden. Ziel muss sein, in Zusammenarbeit mit bereits ansässigen und ansiedlungswilligen Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen in zukunftsfähige Arbeitsplätze in den Schwerpunktbereichen **Gesundheit, Bildungsinstitutionen, Automobilzulieferer und Handel** sowie auch **im innovativen Gewerbe** zu schaffen. Hierzu müssen die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderung mbH (RBW) des Kreises, die Wirtschaftsförderungseinrichtung der Stadt, die IHK und die Unternehmen selbst sehr viel vernetzter zusammen arbeiten. Es müssen Ziele und Konzepte für die Schwerpunktbereiche erstellt werden, z. B. entlang von Wertschöpfungsketten.
- Eine gute Beratung ansiedlungswilliger Betriebe und eine schnelle Umsetzung von Genehmigungsverfahren sind ein wichtiger Standortfaktor. Hierzu muss die Verwaltung leistungsfähiger werden.
- Für das Technologiezentrum im Technologiepark Bergisch Gladbach sollen die Wirtschaftsförderungseinrichtungen zusammen mit interessierten Unternehmen ein zukunftsfähiges Konzept entwickeln und umsetzen.
- Für Existenzgründer sollen zielgerichtete Förderprogramme eingerichtet werden.
- Für Gewerbetreibende und Händler muss ein Umfeld geschaffen werden, welches ihre Tätigkeit unterstützt und nicht behindert. Dazu sollen bürokratische Regularien und ungerechtfertigte Abgaben abgeschafft werden.

## Die Förderung von Handel und Touristik muss intensiviert werden

- Der Rheinisch-Bergische Kreis gehört zur Spitzengruppe hinsichtlich Kaufkraft pro Einwohner in Deutschland. Die Kaufkraftbindung ist jedoch unterdurchschnittlich. Ein erheblicher Teil der Kaufkraft wird außerhalb des Kreisgebietes ausgegeben. Die FDP setzt sich daher für eine stärkere Einzelhandelspräsenz vor Ort ein. Zusammen mit der IHK und den Einzelhandelsverbänden müssen Konzepte entwickelt werden, um langfristig mehr Kaufkraft in unserer Region zu binden. Als Beispiel nennen wir eine schnelle Realisierung der Marktgalerie Bensberg.
- Bauhistorische Sehenswürdigkeiten und kulturelle Veranstaltungen bieten Kunstgenuss auf hohem Niveau; die Edelgastronomie und Landgasthöfe ziehen Feinschmecker an. Die Wellnessoase Mediterana lädt Besucher aus ganz Deutschland ein. Die Stadt muss zusammen mit Vertretern der Gastronomie und der Naturarena die Vermarktung der touristischen Anziehungspunkte dynamisch weiter entwickeln.

## Die Ansiedlung von Gewerbebetrieben erfordert Rücksicht auf die Wohnbebauung

- Vorhandene Gewerbeflächen sollen effektiver und effizienter genutzt werden,
- Es sollen vorrangig Hochtechnologie- und Dienstleistungsunternehmen beworben werden.
- Neue Gewerbevorhaben sollen in Beratung mit den Bewohnern der Nachbarschaft umgesetzt werden; bei einer Erweiterung von Gewerbegebieten sollen Umwelteinflüsse durch Schutzzonen minimiert werden.
- Neues Gewerbe soll nur bei einer guten Verkehrsanbindung und Verträglichkeit mit der angrenzenden Wohnbebauung entwickelt werden.

## Der Breitband Internetzugang muss zügig ausgebaut werden

- Die Breitbandversorgung ist ein essentieller Faktor in der Qualität der Infrastruktur für Bürger und Unternehmen. Für den weiteren Ausbau sind gezielt weitere Fördermittel der EU und des Landes NRW einzuwerben und Fördermittel des Kreises bereitzustellen.

## Die städtische Verwaltung muss effizienter und effektiver werden

- Verwaltung ist Dienstleistung für den Bürger. Mehr Effektivität in der Verwaltung erfordert schnelle, serviceorientierte und unbürokratische Bearbeitung der Anliegen von Bürgern und Unternehmen. Hierbei sind mehr kreative Lösungen erforderlich; unsinnige bürokratische Vorschriften müssen abgebaut werden. Hierauf soll auch über die kommunalen Spitzenverbände hingewirkt werden.
- Effizienz bedeutet optimale Gestaltung von Arbeitsabläufen bzw. -prozessen und Führungsstrukturen, aber nicht weitere Arbeitsverdichtung für die Mitarbeiter. Es sollen umfassende Effizienzuntersuchungen in allen Bereichen der Stadtverwaltung durchgeführt werden, moderiert von internen oder externen Fachleuten. Des Weiteren sollen die Aktivitäten

von Kreis und Kommunen besser aufeinander abgestimmt und da, wo es sinnvoll ist, stärker gebündelt werden.

- Eine effiziente und damit kostengünstige Verwaltung setzt finanzielle Mittel frei, die für neue Gestaltungsspielräume in Bildung (z. B. Sanierung der Schulen, Angebote der Volkshochschulen), Kinderbetreuung, Infrastruktur (Mobilität, Straßen, öffentlicher Personennahverkehr) und Kulturangebot oder zur Entschuldung genutzt werden können.
- Führungspositionen in der Verwaltung müssen wieder nach Qualifikation und nicht nach Parteibuch besetzt werden.
- Der Verwaltungsvorstand der Stadt (Bürgermeister, 1. Beigeordneter und Kämmerer) muss besser zusammenarbeiten. Kommunikationsdefizite müssen überwunden werden.
- Wir unterstützen Ansätze, die zu einer leistungsgerechten Vergütung führen um Engagement und Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung zu belohnen.

## Der städtische Haushalt muss schneller konsolidiert und transparenter werden

- Wir setzen uns für eine transparente öffentliche Darstellung des städtischen Haushaltes ein.
- Eine zügige weitere Konsolidierung der städtischen Finanzen ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Das erfordert eine strikte Kostendisziplin, eine Fokussierung auf wertschaffende Leistungen und eine Verbesserung der Einnahmen durch mehr Wirtschaftsdynamik.
- Die Stadt muss beschleunigt ein modernes Controlling einführen, damit Kosten transparenter werden und Ausgaben besser gesteuert werden können. Modernes Controlling heißt: schnellere Jahresabschlüsse, unterjährige Erwartungsrechnung und transparentes Berichtswesen.

# Bildung

---

*Chancengerechtigkeit erfordert die Förderung aller Talente*

Chancengerechtigkeit ist eine Kernforderung der Liberalen. Um Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, müssen vielfältige, lebenslange Lernangebote für alle Talente sichergestellt werden. Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Bei Zuteilung öffentlicher Mittel genießt Bildung Priorität; das gilt auch auf kommunaler Ebene.

Talent ist keine Frage des Alters, des Geschlechts oder der Herkunft. Jedes Talent ist zu fördern, sei es akademisches, soziales, musikalisches/künstlerisches, sportliches oder unternehmerisches Talent.

Uns ist wichtig:

## Talentförderung beginnt mit frühkindlicher Bildung

- Wir setzen uns für frühkindliche Bildung ein – U3-Plätze und Sprachstandserhebungen. So können Ungleichheiten nicht nur bei Migranten frühzeitig ausgeglichen werden.
- Familien müssen im Zentrum der Beachtung stehen, wobei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorrangig unterstützt werden muss.
- Die Bürokratie im Bildungsalltag ist auf ein notwendiges Maß zu reduzieren.

## Talentförderung braucht ein vielfältiges Schulangebot mit Inklusion

- Die Herstellung und der Erhalt eines akzeptablen baulichen Zustandes der Schulen im Stadtgebiet hat hohe Priorität für uns.
- Vielfalt geht vor Einheitsstrukturen. Alle Schulformen müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden. Gymnasien dürfen nicht benachteiligt werden. Förderschulen sind zu erhalten. Das Ganztagsschulangebot soll ausgebaut werden.
- Besonderes Augenmerk muss auf Wissenschaft- und Technikunterricht (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) gelegt werden. Hierzu begrüßen und unterstützen wir Kooperationen mit der Wirtschaft.
- Alle Schularten sollen vermitteln, wie Soziale Marktwirtschaft funktioniert.
- Das Projekt „Zukunft durch Innovation“ (ZdI) soll unterstützt werden.
- Die Inklusion ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bei der Umsetzung muss Qualität vor Geschwindigkeit gehen. Das Land NRW muss ausreichende Mittel für zusätzliches Personal in den Schulen zur Verfügung stellen, d.h., das Land muss sich zum Konnexitätsprinzip bekennen.
- Schulen brauchen mehr Autonomie und weniger Dirigismus. Die Bürokratie in Schulen hat überhand genommen und behindert die Lehrer in ihrem Bildungsauftrag. Die Bürokratie ist auf ein sinnvolles Maß zu reduzieren. Diesem Ziel wollen wir im Rahmen unserer Schulträgerschaft Rechnung tragen.



- Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, die beste Schule für seine individuellen Anforderungen zu besuchen. Förderschulen sind vor allem auch Angebotsschulen, die kreisweit geschätzt werden.
- Volkshochschulen, die Max-Bruch-Musikschule, Stadtbüchereien, das Theater im Bergische Löwe, Museen und kulturelle Veranstaltungen runden das Bildungsangebot ab. Die Fort- und Weiterbildung von Erwachsenen und älteren Mitbürgern in allen Bereichen (Beruf, Persönlichkeit, Gesellschaft) ist ein elementarer Bestandteil unseres Bildungswesens.
- Wir wollen darauf hin wirken, dass in Kooperation mit stadteilbezogenen Einrichtungen, wie Begegnungsstätten, die öffentlichen Angebote auch dezentral erbracht werden.
- VHS-Kurse mit „Hobby-Charakter“ sollen nur vollkostendeckend angeboten werden.
- Alphabetisierungskurse der VHS sollen kostenfrei angeboten werden.
- Der Hochschulstandort Bergisch Gladbach soll gestärkt werden, insbesondere durch den Ausbau des Angebots der FHDW.

# Verkehrspolitik

---

Das Verkehrssystem in Bergisch Gladbach ist durch historisch gewachsene Straßen- und Schienennetze sowie topografische Einschränkungen gekennzeichnet. Obgleich im Süden der Stadt drei Anschlüsse an die A4 vorhanden sind, ist die Anbindung der nördlichen Stadtteile an den überörtlichen Autoverkehr mangelhaft. Die Nord-Süd-Durchgangsstraßen sind häufig überlastet. Ausbaumöglichkeiten sind aufgrund der Randbebauung weitgehend ausgeschlossen.

Der Öffentliche Personennahverkehr umfasst zwei Schienenanbindungen nach Köln im Norden (S-Bahn) und im Süden (Straßenbahn) sowie einen Busverkehr, der die Stadt innerorts und mit dem Umland gut erschließt.

Uns ist wichtig:

Die unbefriedigende Verkehrssituation kann nur durch eine integrierte, vernetzte Verkehrsplanung verbessert werden

- Eine integrierte Verkehrsplanung berücksichtigt alle Verkehrsmittel – Auto, Bahn, Bus, Fahrrad – und vernetzt sie intelligent. Hierzu sind beispielsweise Park & Ride Einrichtungen und Fahrradabstellplätze an den Umsteigepunkten zu Bus und Bahn zu schaffen.
- Straßen, Parkmöglichkeiten und Einrichtungen für den ÖPNV sollen bedarfsgerecht instand gehalten und ausgebaut werden.
- Bergisch Gladbach ist eine „Fahrrad unfreundliche“ Stadt. Das Radewegenetz sowie Fahrradübergänge im Straßennetz müssen gezielt ausgebaut werden.
- Die Möglichkeiten von neuen Umgehungsstraßen sollen untersucht werden.
- Die Umweltverträglichkeitsstudie zur Umgehungsstraße auf dem alten Bahndamm und die unklare Anschlussmöglichkeit an die A 4 zeigen, dass diese Trasse keine geeignete Alternative für eine Autobahnanbindung ist. Wir setzen uns weiterhin für eine Anbindung über die L286n ein.

Der Verkehr kann durch Einzelmaßnahmen optimiert werden

- Der Verkehr auf der Straße soll durch Maßnahmen wie Kreisverkehre, Einbahnstraßen, optimierte Ampelkreuzungen, Rechtsabbiegerpfeile und Linksabbiegerspuren weiter verflüssigt werden. Hierzu sind belastbare Verkehrsdaten zu erheben.
- Das geplante Parkleitsystem im Zentrum verhindert Parksuchverkehr.
- Der ÖPNV erhält Attraktivität und Leistungsfähigkeit durch gute Taktung, Wetterschutz an Haltestellen, akzeptable Tarife, und Beibehaltung von Schüler- und Jobtickets.
- Das System der Sammeltaxis und Bürgerbusse soll den ÖPNV verstärkt ergänzen.

Der Verkehr nimmt Rücksicht auf die hohe Wohnqualität der Stadt

- Das Straßensystem, gekennzeichnet durch Durchgangsstraßen, Wohnsammelstraßen und Straßen in Wohnquartieren mit Geschwindigkeitsbeschränkungen soll weiter optimiert werden.

- Der Schwerlastverkehr wird durch geeignete Maßnahmen auf die Durchgangsstraßen gelenkt und von Wohngebieten ferngehalten.

## Ordnung und Sicherheit

---

Die Herstellung von Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine originäre Aufgabe der Stadt im Zusammenwirken mit der Polizei. Überregulierungen, flächendeckende Videoüberwachungen und unnötige Einschränkungen der Bürger müssen allerdings vermieden werden.

Eine weitere die Sicherheit gewährleistende Aufgabe der Stadt ist der Brandschutz und das Rettungswesen. Sie müssen leistungsfähig entsprechend der gesetzlichen Vorgaben sein; erkannte Defizite müssen beseitigt werden.

Uns ist wichtig:

### Bergisch Gladbach muss gepflegt sein

- Ordnung und Pflege des öffentlichen Raumes müssen auch in Zeiten knapper Kassen erhalten bleiben. Straßen, Wege und Plätze bedürfen eines angemessenen Maßes an Pflege. Hierzu müssen Effizienzpotentiale gehoben werden durch bessere Organisation, kürzere Wege (zentrale Betriebshöfe) und Beauftragung privater Unternehmer, wo immer sie effizienter sind.
- Das von „Stadtgrün“ initiierte Pflegeprogramm öffentlicher Plätze durch gewerbliche Unternehmen mit Werbetafeln sollte ausgebaut werden.
- Mittels stadtweiter Wettbewerbe sollte die Umgestaltung und Pflege hässlicher „öffentlicher Ecken“ durch Bürger Bürgerinitiativen oder Vereine angeregt werden.

### Straßen und Plätze in Bergisch Gladbach müssen sicher sein

- Die Verbrechensbekämpfung muss wieder eine prioritäre Aufgabe der Polizei werden.
- An neuralgischen Punkten muss die Polizeipräsenz erhöht werden.
- Soweit an zentralen Stellen (Bahnhöfe, Bushaltestellen, bestimmte Innenstadtbereiche) eine potentielle Gefährdung von Bürgern erkennbar wird, müssen geeignete Überwachungsmaßnahmen ergriffen werden, beispielsweise durch gezielten Polizeieinsatz oder in Ausnahmefällen durch Videoüberwachung. Angsträume können durch die Installation von hellen Lampen und Freilegen von Sichtachsen behoben werden.
- Die Verkehrsführung und -sicherung in den Straßen ist an Kreuzungen, Einmündungen und Abzweigungen mit den erforderlichen Hilfen (Ampeln, Gebotsschildern, Linksabbiegerspuren, Grünen Pfeilen) weiter auszubauen. Unfallschwerpunkte müssen beseitigt werden.
- Für Fußgänger und Radfahrer sind ausreichende Querungshilfen einzurichten, insbesondere in der Nachbarschaft von Schulen und Altenheimen. Das Netz an Fahrradwegen ist auszubauen und eine bessere Trennung der Kfz- und Radverkehre zu erzielen.
- Fußwege und Straßenquerungen sind barrierefrei zu gestalten.
- Wir sprechen uns dafür aus, die mobile Geschwindigkeitsüberwachung dort einzusetzen, wo nachweislich gehäuft Unfälle passieren oder besondere Gefahrenpunkte vorliegen.

## Familienpolitik

---

Kleinkinder in den ersten Jahren verdienen besondere Entwicklungs- und Lernchancen. In der Vorschulpädagogik werden die Grundlagen für spätere Lernprozesse gelegt. Insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien ist der Besuch einer KiTa oder die Betreuung durch professionelle Kindertagespflege wichtig, um gut auf die Schule vorbereitet zu werden. Es ist uns ein zentrales Anliegen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Da wir den Familien ein vielfältiges Angebot machen möchten, damit sie zwischen unterschiedlichen pädagogischen Konzepten wählen können, stehen wir für eine Politik, welche die Leistungserbringung bei der Kindertagesbetreuung komplett in private Hände gibt. Die Politik der Kooperation mit freien Trägern muss fortgesetzt werden.

Da während des KiTa-Ausbaus die Schaffung von Plätzen im Vordergrund stand, muss das Augenmerk nun verstärkt auf die Qualität der Einrichtungen gelegt werden.

Uns ist wichtig:

### Der Ausbau des Betreuungsangebots

- Ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot, insbesondere für 4- bis 6-Jährige, muss vorgehalten werden
- Eine flexible Betreuung erfordert längere Öffnungszeiten (bis 19.00 h) der Betreuungseinrichtungen. Eltern sollen mit einem Betreuungsbudget entscheiden können, wann und wie lange ihr Kind betreut wird
- Die Kindertagespflege soll als eigenständige Säule der Kinderbetreuung erhalten und ausgebaut werden. Mittelfristig sollen Qualitätsstandards wie im KiTa-Bereich erarbeitet werden.
- Wir sind gegenüber neuen, bedarfsgerechten Organisationsformen der Kinderbetreuung aufgeschlossen und begleiten sie.
- Grundlage für die Berechnung von Elternbeiträgen soll nicht mehr die Summe der Einkünfte, sondern das zu versteuernde Einkommen sein.

### Sicherstellen der Qualität der Kinderbetreuung

- Ein für die Eltern überschaubares Berichtswesen über die Arbeit und Leistungen der KiTas muss erstellt werden
- Die Festlegung der Elternbeiträge soll am Betreuungsbedarf und am Einkommen erfolgen; Elternbeitragsfreiheit für Familien mit sehr geringem Einkommen soll sichergestellt werden.
- Vereins- und Trägerbeiträge für Elternvereine dürfen keine Zugangshürde darstellen. Familien mit geringem Einkommen sollen diese über den Löwenpass erstattet bekommen.
- Eine angemessene Personalausstattung in den KiTas, um die pädagogische Qualität zu gewährleisten, hat eine hohe Priorität

- Wir unterstützen eine bedarfsgerechte Bereitstellung freiwilliger Förderungsangebote wie Logopädie, Motopädie, Ergotherapie, Psychomotorik.

## Kulturpolitik

---

Kunst und Kultur sind für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft unverzichtbar. Kunst und Kultur sind Ausdruck unserer Kreativität, die in alle Bereiche unserer Gesellschaft ausstrahlt. Kreativität ist die Triebfeder der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft.

Kultur kann nur gedeihen, wenn die Gesellschaft sie respektiert und fördert. Kultur muss erlebbar sein, sowohl als Breiten- und Spitzenkultur.

Uns ist wichtig:

### Kultur muss bezahlbar sein

- Die Zugänge zu Kultur, z. B. Theater oder Museen, müssen finanziell erschwinglich sein. Das erfordert städtische Förderung, auch in Zeiten knapper Kassen, privates Sponsoring und ehrenamtliches Engagement der Bürger. Für das private Sponsoring müssen mit Unternehmen, Handel und Privatpersonen neue Formen von Partnerschaften gefunden werden. Das „Max Bruch Festival“ ist ein erfolgreiches Beispiel.
- Die Vermarktung von Kulturaktivitäten muss mit kreativen Ansätzen verstärkt werden. Die WAK Initiative für den Bergischen Löwen ist ein gutes Beispiel.
- Finanziell schwach gestellte Bürger sollen über einen neu gestalteten „Löwenpass“ verbilligten Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen haben.

### Kultur muss erlebbar sein

- Kulturerziehung muss bereits in Kindergärten beginnen, dazu gehören auch kindgerechte Museumsbesuche. Kunst, Musik und Literatur sind wichtige Bestandteile der schulischen Bildung. Hier muss die Begeisterung für Kultur geweckt werden.
- Gemeinsame Aktionen und Mottowochen mit Partnerstädten und Zugewanderten sind ein förderungswürdiger Bestandteil der Kulturszene, da sie das Verständnis für fremde Kulturen aufbauen.
- Es sollen mit privaten Mitteln zwei Kulturpreise ausgelobt werden zur Unterstützung der lokalen Kunstszenen, einer für bildende Kunst, z. B. benannt nach Maria Zanders, und ein anderer für Musik, z. B. nach Max Bruch benannt. Mit den Preisen sind vorrangig junge Künstler zu fördern.
- Wir wollen verstärkt private Initiativen fördern, die Kunst und Kultur erlebbar machen. Dazu zählen freie Theater oder öffentliche Museen in privater Trägerschaft.

## Sportpolitik

---

Die größte Bürgerbewegung in unserer Stadt ist der Sport. Die Vereinslandschaft ist vielfältig. Die Vereine sind Bestandteil der sozialen Kultur.

Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag zur körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Für Erwachsene sind sie ein wichtiger Bestandteil der Lebensqualität und der Gesundheitsvorsorge. Ferner helfen Sportvereine bei der Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund.

Uns ist wichtig:

### Die Sportstätten müssen im guten Zustand gehalten werden

- Hierzu bedarf es weitergehender Kooperationen zwischen Schulen, Sportvereinen und Stadtverwaltung. Nur so können vorhandene Sportstätten optimal genutzt werden – auch in den Ferien -. Fördermittel müssen durch Kooperationen effektiver eingesetzt werden. Die öffentliche Sportförderung muss transparenter werden.
- Die Förderung von Breitensport erfordert öffentlich Gelder aber auch verstärkt Sponsoring von Unternehmen und Privatpersonen. Unternehmen und Privatpersonen muss vermittelt werden, dass dieses Sponsoring eine Aufgabe von erheblicher sozialer Tragweite ist.
- Das ehrenamtliche Engagement verdient hohe Anerkennung und soll weiter gefördert werden.

### Nur ein breites sportliches Angebot spricht alle Bürger an

- Im Sinne von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung sind die Sportvereine aufgerufen, Sportprogramme anzubieten, welche die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und älteren Menschen abdecken.
- Es sollen keine Sportarten benachteiligt werden, für die ausreichendes privates Interesse und Engagement besteht.



# Jugendpolitik

---

Liberaler Sozialpolitik beruht auf dem Bild des freien Bürgers, der Verantwortung für sich selbst und andere übernimmt. Die Jugendpolitik ist dabei ein ganz besonders wichtiges Politikfeld. Kindern und Jugendlichen eine Chance zu geben, sich zu eigenverantwortlichen Individuen zu entwickeln, ist ein wesentlicher Bestandteil des Generationenvertrags. Daher verfolgen wir mit unserer Jugendpolitik das Ziel, Heranwachsende zur Eigeninitiative zu befähigen, damit sie eines Tages als mündige Bürger an der offenen Bürgergesellschaft teilhaben können.

Uns ist wichtig:

## Offene Jugendarbeit braucht Raum und Zeit

Jugendliche zwischen 10 und 21 Jahren befinden sich in einer kritischen Phase der Persönlichkeitsbildung. Die offene Jugendarbeit begleitet Jugendliche bei dieser Entwicklung. Die offene Jugendarbeit hat integrativen Charakter. Neben einer „Komm“ Struktur müssen junge Menschen auch dort abgeholt werden, wo sie sich in ihrer Freizeit aufhalten.

Wir treten ein für:

- eine bessere Evaluation der offenen Jugendarbeit
- durch Kooperationen, soziale Medien und Streetworker die Bekanntheit und den Zugang der offenen Jugendarbeit zu verbessern
- statt vieler kleiner Zentren wenige Große zu schaffen, damit die Bekanntheit und Vernetzung erleichtert wird und das Personal eines Hauses mehr Zeit für die Beziehungsarbeit hat

## Hilfen zur Erziehung – Eltern bilden und Kinder schützen

Mehr als neunzig Prozent der Eltern erziehen ihre Kinder zu selbstbewussten Persönlichkeiten, die mit ihrem eigenen Leben umgehen können. Dort wo das nicht geleistet werden kann, z.B. weil die Eltern überfordert sind, müssen ambulante Hilfen einsetzen. Oberstes Ziel muss sein, die Eltern wieder in die Lage zu versetzen, den Erziehungsauftrag wahrzunehmen. Problemfälle müssen rechtzeitig erkannt werden können. Prävention ist das wichtigste Gebot.

Wir treten ein für:

- einen angemessenen Fallschlüssel, damit die Beziehung zwischen Eltern, Kindern und Sozialarbeitern ausreichend intensiv gestaltet werden kann
- eine Stärkung des Systems der Pflegefamilien. Das erfordert mehr Werbung von Pflegefamilien und eine größere Anerkennung für ihr Engagement
- mehr Sozialpädagogen aus anderen Kulturkreisen, die gezielter mit Familien mit Migrationshintergrund arbeiten können, um die Integration von Migranten in unsere Gesellschaft zu fördern.
- Die Einrichtung eines neuen Kinderhauses, um für einen Teil der betroffenen Kinder ein familiäres Umfeld zu schaffen und eine teurere Heimunterbringung zu vermeiden.

# Sozialpolitik

---

Liberaler Sozialpolitik setzt auf Chancengleichheit. Jeder Mensch soll faire Chancen haben, sein Leben gemäß seiner eigenen Vorstellungen und Neigungen zu entwerfen. Dafür schafft liberale Politik die Voraussetzungen. Menschen sollen befähigt werden zu selbstbestimmtem Leben und zur Teilhabe in einer offenen Bürgergesellschaft. Diese Bürgergesellschaft ist geprägt von Freiheit, Verantwortung und Toleranz.

Wir geben den Menschen, die der Hilfe bedürfen, Hilfe zur Selbsthilfe. Liberale Sozialpolitik setzt nicht auf den Vollkaskostaat, sondern setzt auf Unterstützung und Anreize für die Menschen, die der Solidarität bedürfen, sich selber zu helfen.

In existenzielle Not geratene Menschen genießen den Schutz der Gesellschaft.

Leistungen aus öffentlicher Hand sollen zielgerichtet den Menschen zukommen, die sie brauchen, um sich von einer vorübergehenden Notlage zu befreien, und den Menschen, die nicht in der Lage sind, ihr Leben ohne Unterstützung zu bewältigen. Lebensrisiken wie Krankheit, Pflege, Alter und Arbeitslosigkeit müssen abgesichert werden.

Uns ist wichtig:

## Leistungen aus öffentlicher Hand sollen zielgerichtet Menschen zukommen

- Bedürftige Menschen sollen individuell gefördert werden, um sie aus einer vorübergehenden Notlage zu befreien oder die Menschen zu unterstützen, die nicht mehr selbst für sich sorgen können
- Mitnahmeeffekte bei Sozialleistungen müssen durch wirksame Kontrollen begrenzt werden
- Durch offene Bildungseinrichtungen, durch einen durchlässigen und flexiblen Arbeitsmarkt und durch eine familienfreundliche Sozialpolitik sollen Menschen die Chancen zu Selbsthilfe bekommen

## Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

- Die gemeinsame schulische Bildung von behinderten und nicht behinderten Kindern muss gefördert werden. Bei der Inklusion geht Qualität vor Geschwindigkeit, um den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden.
- Das System der Förderschulen muss erhalten bleiben, um einzelne Kinder, die einen besonderen pädagogischen Förderbedarf haben, unterstützen zu können. Die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Regelschule und Förderschule muss erhalten bleiben.
- Öffentliche Gebäude und Plätze müssen so gestaltet werden, dass auch Menschen mit Behinderungen sie benutzen können

## Senioren – Generationen übergreifende Begegnungen schaffen

- Mit der Individualisierung ändern sich auch Gemeinschaften, in denen wir leben. Großfamiliäre Strukturen werden seltener, kleinfamiliäre Strukturen verändern sich.

- Seniorenbegegnungsstätten sollen zu Bürgertreffs weiterentwickelt werden
- Am Betrieb und der Finanzierung der Einrichtungen sollen die Besucher nach ihrer Leistungsfähigkeit mitwirken
- Senioren sollen für die ehrenamtliche Mitarbeit in der Gesellschaft motiviert werden. Junge Menschen können Senioren bei der Erledigung vielfältiger Aufgaben unterstützen.

## In der Sozialpolitik muss das Konnexitätsprinzip wieder hergestellt werden

- Die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe (Finanzierungshoheit) sind vom demjenigen Aufgabenträger zu tragen sind, der über Art und Intensität der Aufgabenerfüllung entscheidet („wer bestellt, bezahlt“).
- Das Konnexitätsprinzip muss von der NRW Landesregierung und von der Bundesregierung eingehalten werden, auch in der Sozialpolitik. Werden den Kommunen Aufgaben zugewiesen, müssen auch die finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

# Integrationspolitik

---

Libere Menschen sind weltoffene Menschen. Wir fürchten uns nicht vor Zuwanderern, sondern erkennen die Chancen, die sich eröffnen, wenn Integration gelingt. Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. In Zeiten des demographischen Wandels und eines akuten Fachkräftemangels sind wir darauf angewiesen, dass Menschen nach Deutschland kommen und hier ihr Glück suchen. Ohne Zuwanderung ist der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland nicht aufrecht zu erhalten.

Uns ist wichtig:

## Integration erfordert Toleranz und Bildung

- Da Integration ein langer Prozess ist, muss Integrationspolitik schon im frühen Kindesalter ansetzen. Die Begegnung junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auf Spielplätzen, in KiTas, in der Schule, in Jugendzentren, im Sportverein und an vielen weiteren Orten schafft die Grundlage für beidseitige Akzeptanz und ein friedliches Miteinander.
- Eine Voraussetzung für Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Migranten sollen ermutigt werden, Sprachkurse mit Abschlussnachweis zu absolvieren. Für Kinder mit Migrationshintergrund sollen Anreize geschaffen werden, ab dem dritten Lebensjahr den Kindergarten zu besuchen.

## Integration braucht vielfältige Maßnahmen

- Die Arbeit des Integrationsbeirats und von Organisationen der Einwanderer, die Integration unterstützen, soll gestärkt werden.
- In sozialen Brennpunkten soll der Einsatz von Nachbarschaftsmanagern geprüft werden.
- Öffentliche Einrichtungen sollen häufiger dazu genutzt werden, Veranstaltungen zu organisieren, die Brücken zwischen den Kulturen schlagen sollen. So könnte man z.B. die Villa Zanders für ausländische Kulturvereine attraktiver machen. Auch die Musikschule kann durch spezielle Programme einen großen Beitrag zum Integrationsprozess leisten.

## Unsere Gesellschaft muss vor Fundamentalismus geschützt werden

- Eine fundamentalistische Erziehung und Propaganda, deren Werte nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind, lehnen wir ab. Staatliche Stellen müssen darauf achten, dass Gebetshäuser und deren Umfeld oder andere Einrichtungen nicht für die Vermittlung derartiger politischer, ideologischer oder religiöser Inhalte missbraucht werden.